

BESCHLUSSEMPFEHLUNG UND BERICHT

des Europa- und Rechtsausschusses (3. Ausschuss)

zu der Unterrichtung durch die Landesregierung

- Drucksache 5/831 -

Bericht zur Bildung einer Repräsentanz in St. Petersburg

A. Problem

Artikel 11 der Verfassung des Landes M-V verpflichtet das Land Mecklenburg-Vorpommern darauf, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit insbesondere im Ostseeraum zu fördern. Die Ostseekooperation ist dabei eine Strategie auch zur Stärkung des Standortes Mecklenburg-Vorpommern, wobei der Ausbau und die Pflege vorhandener Partnerschaften, wie insbesondere mit dem Leningrader Gebiet eine besondere Bedeutung genießen. Der Großraum St. Petersburg ist von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung für den gesamten Ostseeraum. Eine gemeinsame Repräsentanz der norddeutschen Bundesländer in St. Petersburg soll angestrebt werden.

Vor diesem Hintergrund hat der Landtag die Landesregierung mit Beschluss vom 9. Mai 2007 dazu aufgefordert, im Rahmen der Ostseekooperation die Beteiligung an einer gemeinsamen Repräsentanz mit Hamburg und Schleswig-Holstein in St. Petersburg zu prüfen und den Landtag bis zum 31. Dezember 2007 zu unterrichten. Die Landesregierung hat dem Landtag demgemäß mit Schreiben vom 21. Dezember 2007 die vorliegende Unterrichtung zugeleitet.

B. Lösung

Der Europa- und Rechtsausschuss empfiehlt dem Landtag, die Vorlage der Unterrichtung und die weiteren Aktualisierungen durch die Landesregierung in den Beratungen zum Anlass zu nehmen, die in den Verhandlungen mit der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Schleswig-Holstein und den Einrichtungen der Wirtschaft erzielten Fortschritte zu würdigen. Der zweigleisige Ansatz zur Vertretung der Interessen des Landes und der Wirtschaft im nordwestrussischen Gebiet - die Nutzung des Hanse-Office als gemeinsame Interessenvertretung einerseits und die Nutzung des Delegiertenbüros der Deutschen Wirtschaft andererseits - wird ausdrücklich begrüßt. Durch die Nutzung des Hanse-Office in St. Petersburg kann gleichzeitig die Partnerschaft mit dem Leningrader Gebiet unterstützt werden, die Nutzung des Delegiertenbüros der Deutschen Wirtschaft ermöglicht auch eine Unterstützung von Aktivitäten im Kaliningrader Gebiet. Vor dem Hintergrund der bevorstehenden, noch nicht erfolgten Unterzeichnung der begleitenden, gemeinsamen Erklärung mit der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein wird die Landesregierung aufgefordert, im Europa- und Rechtsausschuss zeitnah zu berichten. Im jährlichen Bericht der Landesregierung zur Zusammenarbeit im Ostseeraum soll zukünftig der Landtag über die praktischen Erfahrungen in diesem Bereich unterrichtet werden.

Einvernehmen im Ausschuss**C. Alternativen**

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Landtag möge beschließen:

1. Auch vor dem Hintergrund der norddeutschen Zusammenarbeit begrüßt der Landtag die Fortschritte, die die Landesregierung in den Verhandlungen mit der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Schleswig-Holstein und den Einrichtungen der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern im Hinblick auf einen zweigleisigen Ansatz zur Vertretung der Interessen des Landes und der Wirtschaft im nordwestrussischen Gebiet - die Nutzung des Hanse-Office als gemeinsame Interessenvertretung einerseits und die Nutzung des Delegiertenbüros der Deutschen Wirtschaft andererseits - erzielt hat.
2. Der Landtag begrüßt, dass durch die Nutzung des Hanse-Office in St. Petersburg gleichzeitig die Partnerschaft mit dem Leningrader Gebiet unterstützt werden kann und dass die Zusammenarbeit mit dem Delegiertenbüro der deutschen Wirtschaft auch das Kaliningrader Gebiet umfasst.
3. Der Landtag begrüßt die Bereitschaft der Wirtschaft, die Aktivitäten des Landes auch finanziell zu unterstützen.
4. Die Landesregierung wird aufgefordert,
 - im Europa- und Rechtsausschuss zeitnah über die konkreten Ergebnisse der abgeschlossenen Verhandlungen zu berichten und
 - den Landtag im Rahmen des nächsten Berichts zur Zusammenarbeit im Ostseeraum über praktische Erfahrungen im Rahmen der Zusammenarbeit mit Russland im nordwestrussischen Raum zu unterrichten.

Schwerin, den 18. Juni 2008

Der Europa- und Rechtsausschuss

Detlef Müller

Vorsitzender und Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Detlef Müller

I. Allgemeines

Die Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern hat die Unterrichtung durch die Landesregierung - Bericht zur Bildung einer Repräsentanz in St. Petersburg - im Benehmen mit dem Ältestenrat vom 19. Februar 2008 (Amtlicher Mitteilung Nr. 5/44) federführend an den Europa- und Rechtsausschuss überwiesen.

Der Europa- und Rechtsausschuss hat zu der Unterrichtung in seiner 24. Sitzung am 27. Februar 2008, in seiner 27. Sitzung - einer nichtöffentlichen Anhörung - am 9. April 2008, in seiner 29. Sitzung am 21. Mai 2008 und abschließend in seiner 31. Sitzung am 18. Juni 2008 Beratungen durchgeführt.

Im Rahmen der nichtöffentlichen Anhörung wurden als Sachverständige der Bevollmächtigte beim Bund, bei der Europäischen Union und für auswärtige Angelegenheiten des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg, die Hauptgeschäftsführerin der Industrie- und Handelskammer zu Neubrandenburg als IHK der Landesarbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in Mecklenburg-Vorpommern, ein Mitglied der Hauptgeschäftsführung der Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern e. V., der Landrat des Landkreises Ludwigslust sowie die Vorsitzende des Landesverbandes der Europa-Union Deutschland gebeten, eine Stellungnahme zu der Unterrichtung durch die Landesregierung auf Drucksache 5/831 abzugeben.

Der Europa- und Rechtsausschuss hat in seiner 29. Sitzung am 21. Mai 2008 und abschließend in seiner 31. Sitzung am 18. Juni 2008 die Ergebnisse der Anhörung beraten. In Bezug auf die Erörterung der Ergebnisse der Anhörung im Rahmen der Beratungen des Europa- und Rechtsausschusses wird auf die entsprechenden Hinweise im Abschnitt Beratungsergebnisse verwiesen. Ebenfalls in seiner 31. Sitzung am 18. Juni 2008 hat der Europa- und Rechtsausschuss einvernehmlich die vorliegende Beschlussempfehlung angenommen.

II. Wesentliche Ergebnisse der Beratungen des Europa- und Rechtsausschusses

1. Anhörungsergebnisse

Seitens des **Bevollmächtigten beim Bund, bei der Europäischen Union und für auswärtige Angelegenheiten des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg** ist erklärt worden, dass die Freie und Hansestadt Hamburg mit dem Büro in St. Petersburg seit über 50 Jahren ohne eine ausdrückliche vertragliche Beziehung zusammen arbeite. Erst seit kurzem bestehe ein Vertrag über die Grundlagen der Zusammenarbeit mit St. Petersburg, in dem auch die gegenseitige Vertretung von Hamburg und St. Petersburg aufgenommen worden sei. Hamburg und Schleswig-Holstein hätten eine Vereinbarung in Bezug auf das Hanse-Office getroffen, die die Büros in St. Petersburg und Danzig betreffe. Auch die Industrie- und Handelskammer Hamburg sei in St. Petersburg seit 15 Jahren vertreten. Ferner gebe es seit 2003 ein Büro der Hamburg-Hafen-Marketing-Gesellschaft.

Ab dem 1. Mai 2008 werde die Leiterin von einer halbtags beschäftigten Assistentin unterstützt. In den Räumlichkeiten seien auch genügend Arbeitsplätze für Praktikanten vorhanden. Hamburg habe ein großes Interesse daran, in die Kooperation mit Mecklenburg-Vorpommern in St. Petersburg einzutreten. Bei einem Einstieg von Mecklenburg-Vorpommern in das Hanse-Office könne eine noch engere Zusammenarbeit im Bereich von EU-Projekten erreicht werden. Mecklenburg-Vorpommern könne sich auch an einem Praktikantenprogramm beteiligen.

Seitens der **Landesarbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in Mecklenburg-Vorpommern** ist erklärt worden, dass die Initiative, wie sich die Wirtschaft eine Beteiligung in der Region St. Petersburg vorstellen könne, offen von der Landesarbeitsgemeinschaft aufgenommen worden sei. Die Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern hätten ein sehr starkes Interesse an der Region Kaliningrad bekundet, sodass auch eine Erweiterung in Richtung Kaliningrad beabsichtigt sei. Aufgrund der Regionalpartnerschaft mit der Leningrader Oblast mache die Region und der Standort St. Petersburg Sinn, da auch die Administration der Leningrader Oblast dort verortet sei. Es bestehe Einigkeit, dass die wirtschaftlichen Aktivitäten nicht nur allein vom Land, sondern auch von der Wirtschaft zu finanzieren seien. Es sei sinnvoll, keine neuen Strukturen zu entwickeln, sondern auf die bestehenden Strukturen zurückzugreifen. Das Hanse-Office sei für den wirtschaftlichen Kontakt wichtig, stelle aber nicht die Wirtschaftsrepräsentanz dar. Es bestehe Einvernehmen darüber, dass für wirtschaftliche Aktivitäten projektbezogen eine Zusammenarbeit mit der Repräsentanz der deutschen Wirtschaft vor Ort erfolgen solle. Hierbei sei ein Testlauf von zwei Jahren geplant, dessen Verlängerung nicht ausgeschlossen sei. Es sollten Workshops, Ländersprechtage, Präsentationen, Messebeteiligungen oder Delegationsreisen durchgeführt werden. Daneben werde auch eine Zusammenarbeit mit den nationalen russischen Kammern angestrebt. Projekte wie das Mittelstandsforum in Kaliningrad sowie das Praktikantenprogramm würden ebenfalls favorisiert. Mecklenburg-Vorpommern habe bereits positive Erfahrungen mit dem Praktikantenprogramm gemacht. Mit Blick auf die sogenannten „Firmengemeinschaftsbüros“ sei hervorzuheben, dass es in Mecklenburg-Vorpommern Förderungen gegeben habe, die durch die EU beanstandet worden seien und daher hätten zurückgezahlt werden müssen. Insofern sei an eine Umbenennung zu denken. Abgesehen davon sei in finanzieller Hinsicht von den an dem Büro beteiligten Unternehmen ein entsprechender Beitrag zu erheben. Dies gelte vor allem für den Bereich, aus dem die Unternehmen einen individuellen Nutzen ziehen könnten. Die Wirtschaft werde einen Betrag von etwa 20 T€ pro Jahr aufzubringen haben, mithin in zwei Jahren 40 T€. Die Industrie- und Handelskammern in Mecklenburg-Vorpommern seien bereit, sich an der Finanzierung zu beteiligen. Die Industrie- und Handelskammer zu Rostock habe sich bereit erklärt, bis zu einem Fünftel der Gesamtsumme, d. h. bis zu 8 T€ zu übernehmen und die organisatorischen Tätigkeiten wie die Begleitung des Wirtschaftsforums sowie der Firmengemeinschaftsbüros unentgeltlich zu übernehmen.

Seitens der **Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern e. V.** hat im Wesentlichen ist ausgeführt worden, dass die Vereinigung der Unternehmensverbände die Aktivitäten des Landes zur Einbeziehung des Hanse-Office für die Förderung der Kontaktaufnahme in die Region befürworte und für einen Projektansatz plädiere, zielgerichtete Aktivitäten von Unternehmen und Einrichtungen des Landes über längere Zeiträume und mit nachhaltiger Wirkung zu fördern. Die projektgebundene Förderung von Vorhaben in dieser Region werde ebenfalls von der Vereinigung der Unternehmensverbände mitgetragen. Die Ostseeregion sei ein sich entwickelnder Wirtschaftsraum und daher auch für das Land Mecklenburg-Vorpommern mit Blick auf den Zugang zum russischen Markt bedeutsam. Projekte zur Aufklärung von kleinen und mittleren Unternehmen über den Zugang zum Markt, über die realistischen Chancen und Möglichkeiten sowie Projekte zur Kontaktaufnahme bzw. Anbahnung von Wirtschaftsbeziehungen sollten zeitlich befristet gefördert werden. Fördermöglichkeiten, wie sie zum Beispiel für Firmengemeinschaftsbüros oder Messen bestünden, könnten im Detail auf St. Petersburg und Kaliningrad angepasst werden. Über das System der IHK, welche im Auftrag der Bundesregierung den Aufbau von Wirtschaftsbeziehungen unterstütze und weiterführende, kostenpflichtige Dienstleistungen anbiete, sei es den Firmen möglich, Dienstleistungen in den Regionen St. Petersburg, Kaliningrad oder Nowosibirsk abzurufen. Das INTERREG IV B-Programm der EU beziehe die Region St. Petersburg als Fördergebiet für Projekte mit ein und biete gegenüber dem begrenzten Budget des Landes mehr Möglichkeiten, längerfristige Initiativen zu unterstützen.

Seitens **des Landkreises Ludwigslust** ist dargelegt worden, dass eine Zusammenarbeit zwischen Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern für sinnvoll gehalten werde. Eine vernünftige Wirtschaftsförderung setze aber stimmige Verwaltungsstrukturen voraus. Nach den Erfahrungen seien demokratische Verwaltungsstrukturen in diesem Bereich sowie im Bereich des E-Government nicht vorhanden. Es wäre nicht sinnvoll, wenn Mecklenburg-Vorpommern eine eigene Repräsentanz aufbauen würde. Seitens **des Landkreises Ludwigslust** ist erklärt worden, es bestehe ein großer Bedarf, die kommunale Selbstverwaltung vor Ort aufzubauen. In diesem Zusammenhang verwies er auf das A.S.A.P-Projekt, in dem mit den russischen Partnern die Bereiche moderne Verwaltungsstrukturen, E-Government, demografischer Wandel und Aspekte der Bildungsgesellschaft sowie die Rolle von Hochschulen für die Entwicklung im ländlichen Raum thematisiert worden seien. Im Jahre 2006 habe es in Russland eine Verwaltungsreform gegeben, mit welcher die kommunale Selbstverwaltung eingeführt worden sei. Die Umsetzung in den Kommunen - das Bürgerengagement und der Aufbau moderner Verwaltungsstrukturen - sei jedoch sehr schwierig. Der Landkreis Ludwigslust habe sehr gute Erfahrungen mit der Zusammenarbeit mit der karelischen Landeshauptstadt Petrosawodsk gemacht. Ein zeitnahe Einstieg lohne sich, zumal Finnland ebenfalls in Karelien präsent sei.

Seitens **des Landesverbandes der Europa-Union Deutschland** ist erklärt worden, dass die Europa-Union Deutschland das Vorhaben von Landtag und Landesregierung, die Präsenz des Landes Mecklenburg-Vorpommern in St. Petersburg zu verstärken, begrüße. Besonders unterstützt werde das angestrebte Ziel, im Rahmen der Möglichkeiten nichtwirtschaftliche Kontakte zu entwickeln. Es werde empfohlen, nichtwirtschaftliche Kontakte in den Bereichen Kultur, Bildung und Jugend als eine für die Entwicklung der Kontakte zwischen den Menschen wichtige Aufgabe zu betrachten. Darüber hinaus sei zu überlegen, ob die Herstellung und Vertiefung wirtschaftlicher Beziehungen zu Regionen, Kommunen oder Wirtschaftszweigen und ihren Vertretungen nicht von nichtwirtschaftlichen Aktivitäten flankiert werden könne.

So seien Informations- und Bildungsveranstaltungen, die über spezifische ökonomische Aspekte hinausragten, im Zusammenhang mit der Beteiligung an Messen und anderen Ausstellungen denkbar. Ein kontinuierlich verwirklichtes Engagement im nichtwirtschaftlichen Bereich in St. Petersburg könne durch langfristige Projekte der Zusammenarbeit zwischen Vertretern der Landesregierung und des Landtages, der Wirtschaft und zivilgesellschaftlichen Organisationen erreicht werden. Daneben sei auch eine angemessene finanzielle Ausstattung der Projekte wichtig. Der Landesverband der Europa-Union Deutschland sei bereit, mit seinen organisatorischen und inhaltlichen Erfahrungen und Möglichkeiten im Gesamtprojekt mitzuarbeiten.

2. Beratungsergebnisse

a) Allgemeines

Die Landesregierung hat im Ausschuss den schriftlichen Bericht mündlich aktualisiert und erklärt, dass seit der Vorlage des Berichtes der Landesregierung verschiedene Gespräche geführt worden seien, um die Bereiche Wirtschaft und Hanse-Office zu konkretisieren. Im Hinblick auf den Teil des Hanse-Office, der nicht für die Wirtschaft zuständig sein und gemeinsam mit Schleswig-Holstein und Hamburg betrieben werden solle, seien bereits erste Gespräche mit einer Mitarbeiterin des Hanse-Office in St. Petersburg sowie auf Arbeitsebene mit der Senatskanzlei Hamburg über die finanziellen und organisatorischen Bedingungen geführt worden. Im Februar 2008 habe es ein gemeinsames Treffen der Vertreter der Wirtschaftsverbände und -organisationen sowie der Staatskanzlei gegeben, bei welchem erörtert worden sei, was zugunsten der Unternehmen im Land geleistet werden könne. Man habe sich über verschiedene Projekte wie ein Mittelstandsforum in Kaliningrad im Herbst 2008, eine Firmengemeinschaftsrepräsentanz und mögliche Praktikantenprogramme verständigt. Nach diesem Gespräch habe die Staatskanzlei den Wirtschaftsverbänden entsprechende Unterlagen zukommen lassen und diese um nähere Präzisierung gebeten, welche Beiträge finanzieller Art in das Gesamtprojekt eingebracht werden sollten. Das Mittelstandsforum solle - auch auf Wunsch der Industrie- und Handelskammer zu Rostock - in Kaliningrad stattfinden und sei auch von Interesse für die Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern. Die Federführung für dieses Projekt liege bei der Industrie- und Handelskammer zu Rostock und bei dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus. Die Einzelheiten zum Ablauf und zur politischen Begleitung seien jedoch noch nicht abschließend geklärt. Aufgrund der zwischenzeitlich nach den Wahlen erfolgten Umbildung des Hamburger Senates sei es dort zu einem Zuständigkeitswechsel gekommen, der nicht das „ob“ einer endgültigen Vereinbarung gefährde, jedoch zu einer gewissen zeitlichen Verzögerung geführt habe. Die endgültige Einigung in diesem Bereich norddeutscher Zusammenarbeit werde durch eine politische Vereinbarung flankiert werden.

Zwischenzeitlich seien die Verhandlungen abgeschlossen worden, die flankierende politische Vereinbarung sei noch zu unterzeichnen. Ob dies im ersten Halbjahr noch erfolgen könne werde, hänge von der Klärung protokollarischer Fragen ab und könne derzeit nicht definitiv bestätigt werden. Entscheidend sei, dass bereits konkrete Projekte initiiert seien. Insgesamt stünden haushaltsseitig 30 Tausend Euro zur Verfügung, der im Haushaltsentwurf noch enthaltene Sperrvermerk sei durch das Finanzministerium aufgehoben worden. Für die Nutzung des Hanse-Office sei beabsichtigt, eine feste Pauschale an die Freie und Hansestadt Hamburg zu entrichten. Im Übrigen werde einzelfallbezogen finanziert bzw. mitfinanziert.

b) Zur Beschlussempfehlung

Die Beschlussempfehlung beruht auf einer Beratungsvorlage, die der Vorsitzende im Auftrag des Ausschusses in Auswertung der Beratungen und der Anhörung erarbeitet hatte.

Die Fraktion der SPD, die Fraktion der CDU, die Fraktion DIE LINKE und die Fraktion der FDP waren sich einig, dass die Fortschritte der Landesregierung in den Verhandlungen zu begrüßen sei. Der zweigleisige Ansatz mit der Nutzung des Hanse-Office einerseits und des Delegiertenbüros der Deutschen Wirtschaft andererseits sei positiv zu bewerten, wie auch die geographische Ausrichtung auf St. Petersburg, die Einbeziehung des Leningrader und des Kaliningrader Gebietes. Positiv hervorzuheben sei die Bereitschaft der Wirtschaft, die Aktivitäten des Landes auch finanziell zu unterstützen. Über praktische Erfahrungen könne der Landtag im Rahmen des nächsten Berichts zur Zusammenarbeit im Ostseeraum im Mai 2009 unterrichtet werden.

Die Fraktion der CDU hat im Rahmen der Ausschussberatungen namens der Koalitionsfraktionen hervorgehoben, dass sie die Initiative zur „Bildung einer Repräsentanz in St. Petersburg“ und hierbei insbesondere eine Zusammenarbeit der norddeutschen Bundesländer begrüße.

Die Fraktion DIE LINKE hat im Rahmen der Beratungen betont, dass wichtig sei, dass nach Möglichkeit noch im ersten Halbjahr 2008 möglichst konkrete Ergebnisse erzielt werden.

Die Beschlussempfehlung ist insgesamt einvernehmlich mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der FDP bei Enthaltung vonseiten der Fraktion der NPD beschlossen worden.

Schwerin, den 18. Juni 2008

Detlef Müller
Berichterstatter